

DISKUSSIONSBEITRÄGE

DISCUSSION PAPERS

Orientierungsgrößen der Lohnpolitik

Zur Verknüpfung angebots- und
nachfrageorientierter Lohnleitlinien

von

Wolfgang Scherf

38/95

INSTITUT FÜR FINANZWISSENSCHAFT DER
ALBERT-LUDWIGS-UNIVERSITÄT FREIBURG IM BREISGAU

Prof. Dr. A. Oberhauser
Europaplatz 1
79098 Freiburg i. Br.

Prof. Dr. H.-H. Francke
Maximilianstraße 15
79110 Freiburg i. Br.

Prof. Dr. W. Ehrlicher
Beethovenstraße 23
79110 Freiburg i. Br.

Orientierungsgrößen der Lohnpolitik

Zur Verknüpfung angebots- und nachfrageorientierter Lohnleitlinien

Wolfgang Scherf

1. Problemstellung: Die Lohnpolitik als Störfaktor der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Die Nominallohnpolitik der Gewerkschaften hat sich in der Vergangenheit mehrfach als Ursache gesamtwirtschaftlicher Fehlentwicklungen erwiesen. Die Erfahrungen mit den Rezessionen seit den siebziger Jahren zeigen, daß überzogene Lohnabschlüsse, die zu kosteninduzierten Preissteigerungen führen, in Verbindung mit einer restriktiven Geldpolitik einen konjunkturellen Einbruch und langanhaltende Arbeitslosigkeit hervorrufen können. Die gleichzeitige Verletzung der beiden zentralen Zielgrößen – Vollbeschäftigung und Preisniveaustabilität – ist eine Herausforderung für die traditionelle Stabilitätspolitik keynesianischer Prägung, der sie mit den Instrumenten der Finanz- und Geldpolitik allein nicht gerecht werden kann.

Zur Bekämpfung der Stagflation und zur Vermeidung weiterer Stabilisierungskrisen wurde daher immer wieder eine Ergänzung bzw. Absicherung der Konjunkturpolitik durch einkommens- und insbesondere durch lohnpolitische Maßnahmen gefordert¹. Die aktuelle tarifpolitische Situation in der Bundesrepublik Deutschland gibt wenig Anlaß, die Erfolgsaussichten derartiger Vorschläge zu überschätzen. Eine Auseinandersetzung mit der Frage, an welchen Größen sich die Lohnpolitik ausrichten müßte, wenn sie weder inflationsfördernd noch beschäftigungsfeindlich wirken soll, scheint dennoch sinnvoll zu sein. Die traditionellen Lohnleitlinien werden nämlich nicht nur in der Praxis ständig ignoriert. Sie können auch aus theoretischer Sicht nur mit erheblichen Einschränkungen überzeugen; ja sie führen sogar in manchen Situationen zu falschen Empfehlungen.

¹ Ausführungen zu den grundlegenden Aspekten der Einkommenspolitik finden sich in jedem neueren Lehrbuch der Konjunktur- und Stabilisierungspolitik. Vgl. z.B. H. Friedrich, 1986, S. 193ff; J. Pätzold, 1985, S. 246ff. Gesamtwirtschaftlich orientierte Lohnkonzeptionen werden ausführlich diskutiert bei A. E. Ott, 1967; E. Scheele, 1969; K. Kleps, 1982.

Das wohl bekannteste und populärste Stabilitätslohnkonzept ist die produktivitätsorientierte Lohnpolitik². Sie bildet daher den Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen, die sich zunächst mit theoretischen Ansätzen zur Begründung der Produktivitätsformel befassen. Ansatzpunkte der Kritik und der möglichen Weiterentwicklung des Konzepts werden dabei bereits erkennbar. Die vorgeschlagenen Modifikationen lassen sich idealtypisch danach unterscheiden, ob sie eher angebots- oder nachfragetheoretische Aspekte in den Vordergrund stellen.

Die angebotsorientierte Perspektive findet sich vor allem im Konzept der kostenniveauneutralen Lohnpolitik, das der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bereits in seinem ersten Jahresgutachten vorgestellt hat (Sachverständigenrat, 1964, Z. 248). Nachfragefaktoren spielen dagegen in der Diskussion über die Lohnleitlinien eine untergeordnete Rolle. Sie werden fast ausschließlich in Verbindung mit einer verstärkten Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand diskutiert. Ein zentrales Anliegen dieses Diskussionsbeitrags besteht darin, zu zeigen, daß eine stabilitätsgerechte Lohnpolitik nur zustande kommen kann, wenn man die einseitige Angebots- bzw. Kostenorientierung zugunsten einer stärkeren Integration von Nachfrage- bzw. Kreislaufaspekten aufgibt.

2. Alternative Ansätze einer Orientierung der Lohnpolitik an gesamtwirtschaftlichen Stabilitätszielen

a. Das Konzept der produktivitätsorientierten Lohnpolitik

„Die lohnpolitische Diskussion in der BRD zeigt immer wieder, wie tief verwurzelt die Auffassung ist, daß Lohnerhöhungen, die im Umfang des gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschrittes ... vorgenommen werden, die Geldwertstabilität nicht gefährden. Denn die erzielte Zunahme der Produktionsleistung je Stunde würde das durch die Lohnerhöhung induzierte Ansteigen des Kostenniveaus kompensieren und damit bei Vollbeschäftigung das Preisniveau konstant lassen“. Dies stellte Herbert Giersch bereits 1967 in einem Aufsatz über „Probleme stabilitätskonformer Lohnpolitik“ fest (H. Giersch, 1967, S. 147), aber mit seinen Worten dürfte sich die herrschende Auffassung

² Vgl. zur Entwicklung und Diskussion des Konzepts der produktivitätsbezogenen Lohnpolitik insbesondere M. Wansleben, 1986.

über eine gesamtwirtschaftlich vertretbare Lohnpolitik auch heute noch zutreffend beschreiben lassen.³

Unter produktivitätsorientierter Lohnpolitik soll in Anlehnung an eine Definition von Alfred E. Ott die Orientierung der Erhöhung der Nominallohnsätze an der Steigerungsrate der durchschnittlichen volkswirtschaftlichen Arbeitsproduktivität verstanden werden. Das damit verfolgte Primärziel ist die Stabilisierung des volkswirtschaftlichen Preisniveaus. Verteilungspolitische Ziele müssen demgegenüber zurücktreten. Ott formuliert dies folgendermaßen: „Die Konstanz der Lohnquote wird als Preis für die Stabilisierung des volkswirtschaftlichen Preisniveaus in Kauf genommen“ (A. E. Ott, 1968, S. 48).

Ob der angesprochene Konflikt zwischen Stabilitäts- und Verteilungsziel in dieser Form tatsächlich existiert, kann zunächst offen bleiben. Von größerem Interesse ist die Frage nach einer theoretischen Begründung der These von der Preisniveauneutralität produktivitätsbezogener Nominallohnerhöhungen. Die angebots- oder kostenorientierte Argumentation rekurriert auf den Zusammenhang zwischen Angebotspreisniveau und Stückkosten (H. Bartmann, 1981, S. 338ff). Ausgangspunkt ist die Überlegung, daß die Preisbildung in einer Wirtschaft, in der monopolistische Marktformen (Oligopole, monopolistische Konkurrenz) dominieren, typischerweise mit Hilfe einer Zuschlagskalkulation erfolgt. Wenn die Lohnstückkosten als Kalkulationsgrundlage dienen, ergibt sich als Bestimmungsgleichung für das Angebotspreisniveau⁴:

$$(1) \quad p_s = (1+z) w \frac{A}{Y_r}$$

Nominallohnerhöhungen im Umfang des Produktivitätsfortschritts haben nach Gleichung (1) keine Preissteigerungen zur Folge, sofern der Gewinnzuschlag konstant bleibt:

$$(2) \quad \frac{dw}{w} = \frac{d(Y_r/A)}{Y_r/A} ; \frac{dz}{z} = 0 \Rightarrow \frac{dp_s}{p_s} = 0$$

³ Die produktivitätsbezogene Lohnpolitik wurde allerdings auch immer wieder kritisiert; zuletzt vor dem Hintergrund der Beschäftigungskrise Anfang der achtziger Jahre. Vgl. M. Wansleben, 1984 und die Replik von J. Husmann, 1985.

⁴ Symbole: p_s = Angebotspreisniveau; z = Gewinnzuschlag; w = Nominallohnsatz; A = Arbeitsstunden; Y_r = reales Sozialprodukt.

Da der Zuschlagsatz den durchschnittlichen Monopolgrad zum Ausdruck bringt, kann man Gleichung (1) auch dahingehend interpretieren, daß produktivitätsorientierte Lohnabschlüsse bei unveränderten Wettbewerbsverhältnissen preisniveauneutral wären.

b. Das Konzept der kostenniveauneutralen Lohnpolitik

Gegen diese Begründung der Produktivitätsregel lassen sich bereits unter Beibehaltung der angebotsorientierten Perspektive eine Reihe von Einwänden erheben. Das vom Sachverständigenrat entwickelte Konzept der kostenniveauneutralen Lohnpolitik richtet sich vor allem gegen die Vernachlässigung der Nichtlohnkosten. Ziel der Ausführungen im ersten Jahresgutachten war die „Aufklärung über jene lohnpolitischen Bedingungen, unter denen ohne Beschränkung der tarifpolitischen Autonomie der Sozialpartner Geldwertstabilität ohne Arbeitslosigkeit – oder Vollbeschäftigung ohne Inflation – möglich ist“ (Sachverständigenrat, 1964, Z. 248). Der Sachverständigenrat hat zu dieser Frage im wesentlichen die folgenden Argumente vorgetragen:

- Das Problem der Geldwertstabilität bei Vollbeschäftigung ist identisch mit dem Problem der Stabilisierung des volkswirtschaftlichen Kostenniveaus.
- Damit das Kostenniveau nicht steigt, dürfen die Nominallöhne im allgemeinen nur um den Prozentsatz erhöht werden, um den in der Gesamtwirtschaft das Produktionsergebnis je Stunde zugenommen hat.
- Über den Fortschritt der gesamtwirtschaftlichen Produktivität hinaus ist ein zusätzlicher Spielraum für Lohnerhöhungen gegeben, wenn der Anteil der Kapitalkosten an den Gesamtkosten abnimmt oder wenn die terms of trade sich verbessern.
- Zu den Lohnerhöhungen rechnen im Hinblick auf die Kostenseite auch Anhebungen der Sozialversicherungsbeiträge, sofern sie den Arbeitgeberanteil betreffen.

Die Einbeziehung zusätzlicher Kostenfaktoren kann sicher als Fortschritt gegenüber der einfachen Produktivitätsregel angesehen werden. Im einzelnen nennt der Sachverständigenrat Kapitalkosten, Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und Kosten der importierten Vorleistungen, die sich hinter dem

Hinweis auf die terms of trade verbergen. Als weitere gesamtwirtschaftlich wichtige Größe sind die indirekten Steuern zu berücksichtigen.

Charakteristisch für die kostenniveauneutrale Lohnpolitik ist nun, daß Variationen der Nichtlohnkosten pro Stück durch entgegengerichtete Abweichungen der Nominalloohnerhöhungen vom Produktivitätsfortschritt ausgeglichen werden sollen. Zur stabilitätspolitischen Begründung dieser Forderung kann man wiederum die kostenbezogene Preisbildung heranziehen, nun allerdings auf der Grundlage der gesamten Stückkosten. Das Prinzip sei anhand einer Erweiterung des durchschnittlichen Kostenniveaus (K_G) um die Kosten des Kapitaleinsatzes erläutert, denen im Konzept des Sachverständigenrats die Schlüsselstellung zukommt. Man erhält die modifizierte Preisgleichung:

$$(3) \quad p_s = (1+z) \frac{K_G}{Y_r} = (1+z) \left[w \frac{A}{Y_r} + r \frac{K}{Y_r} \right]$$

Die Kapitalkosten werden dabei definiert als Produkt aus Kapitalkostensatz (r) und realem Kapitalbestand (K). Der Kapitalkostensatz soll kalkulatorische Zinsen und Abschreibungen zum Ausdruck bringen. Auf die Schwierigkeiten seiner praktischen Ermittlung und auf die Frage der Eigenkapitalverzinsung kann hier nicht eingegangen werden⁵. Aus Gleichung (3) folgt, daß produktivitätsbezogene Lohnerhöhungen Preisniveaustabilität gewährleisten, wenn neben dem Gewinnzuschlag bzw. Monopolgrad auch die spezifischen Kapitalkosten ($r K/Y_r$) konstant bleiben. Nehmen sie hingegen zu, so ist das Angebotspreisniveau nur durch Nominalloohnerhöhungen unterhalb der Zuwachsrates der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität aufrechtzuerhalten.

Als Begründung für eine Anrechnung der Kapitalkosten wird darauf verwiesen, daß sich Produktivitätsfortschritte zumindest auf längere Sicht nur durch vermehrten Kapitaleinsatz je Beschäftigtenstunde erzielen lassen. Daher sei es erforderlich, die aus der Kapitalintensivierung der Produktion resultierenden zusätzlichen Kosten vorweg abzudecken (H. Giersch, 1967, S. 153). Kurzfristige, konjunkturpolitisch bedingte Schwankungen des Anteils der Kapital- an den Gesamtkosten sollen allerdings nach Auffassung des Sachverständigenrats unberücksichtigt bleiben. Auf die mit den Kapitalkosten verbundenen speziellen

⁵ „Als Kapitalkosten dürfte eigentlich nur der statische Normalprofit ... angesehen werden. Akzeptiert man diese Ansicht, so wird man dazu neigen, in die Gleichung für die volkswirtschaftlichen Durchschnittskosten einen Sollzinssatz (target rate of interest) einzusetzen, wie es dem Sachverständigenrat vorschwebt“ (A. E. Ott, 1968, S. 28).

Probleme wird erst später eingegangen, denn sie lassen sich sinnvoll nur unter Einbeziehung der Nachfrageaspekte diskutieren.

Interessanterweise unterscheidet sich die in Gleichung (3) zum Ausdruck kommende Lohnleitlinie bei strenger ceteris-paribus-Argumentation nicht von der einfachen Produktivitätsregel. Man gelangt in beiden Fällen zu dem Ergebnis, daß produktivitätsbezogene Nominallohnerhöhungen für sich genommen nicht inflationär wirken, während Lohnerhöhungen über den Produktivitätsfortschritt hinaus Preissteigerungen nach sich ziehen, die eine Vollüberwälzung der zusätzlichen Lohnstückkosten ermöglichen. In einer engen Interpretation könnte man der produktivitätsbezogenen Lohnpolitik aus angebotsorientierter Sicht also durchaus Stabilitätskonformität attestieren.

Wenn mit Blick auf Gleichung (3) für den Zusammenhang zwischen Preisniveau und Lohnstückkosten bei einer Variation der spezifischen Kapitalkosten ein Abweichen von der Produktivitätsregel gefordert wird, steht dahinter eine weiter gefaßte Interpretation des Begriffs der Stabilitätskonformität: Die Lohnpolitik soll nicht nur selbst keine inflationären Impulse geben, sondern darüber hinaus gegebenenfalls anderweitig verursachte Preisauftriebstendenzen neutralisieren. Es bedarf keiner näheren Erläuterung, daß eine solche „kompensatorische“ Lohnpolitik – unabhängig von der konkreten „Kompensationsregel“ – besondere Anforderungen an die Einsichtsfähigkeit und -willigkeit der Arbeitnehmer bzw. Gewerkschaften stellt, wenn sie realisiert werden soll.

c. Stabilitätskonforme Lohnpolitik aus kreislauftheoretischer Sicht

Die Dominanz der angebots- bzw. kostenorientierten Sicht der Lohnpolitik zeigt sich besonders deutlich im Konzept des Sachverständigenrats. Dabei überrascht die Vernachlässigung der Nachfrageseite umso mehr, als der Sachverständigenrat explizit für eine vollbeschäftigte Wirtschaft argumentiert, in der das Preisniveau nicht mehr rein kostentheoretisch erklärt werden kann. Vielmehr sind Variationen der monetären Gesamtnachfrage mit gleichgerichteten Preisänderungen verbunden; jedenfalls solange das kostenbezogen kalkulierte Angebotspreisniveau bei Normalauslastung des Produktionspotentials dabei nicht unterschritten wird. Infolgedessen stellt sich die Frage nach den

nachfrageseitigen Determinanten des Preisniveaus und ihrer Bedeutung für eine stabilitätskonforme Lohnpolitik⁶.

Den Ausgangspunkt bildet die Möglichkeit einer kreislauftheoretischen Begründung der Produktivitätsregel (E. Scheele, 1969, S.99ff; H. Bartmann, 1981, S. 334ff). Dahinter steht die Überlegung, daß Preisniveaustabilität erreicht werden kann, wenn nominelle Gesamtnachfrage und reales Gesamtangebot mit derselben Rate wachsen. Bei einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik ist dies unter bestimmten, wenn auch nicht sehr realistischen Voraussetzungen der Fall. Die grundlegenden Zusammenhänge lassen sich anhand des einfachen Kaldor-Modells für eine geschlossene Volkswirtschaft ohne Staat demonstrieren.

Verwendungsseitig entspricht das nominelle Sozialprodukt (Y) der Summe aus Konsum (C) und Investitionen (I) bzw. Ersparnissen (S), während auf der Verteilungsseite nach Löhnen (L) und Gewinnen (G) zu differenzieren ist:

$$(4) \quad Y = C+I = C+S = L+G$$

Unter der Annahme einer kaldorianischen Sparfunktion variiert die gesamte Ersparnis nach Maßgabe der gruppenspezifischen Sparquoten der Arbeitnehmer (s_L) bzw. Unternehmer (s_G) mit der Einkommensverteilung:

$$(5) \quad S = s_L L + s_G G = [s_G - (s_G - s_L)(L/Y)] Y$$

Daraus folgt in Verbindung mit der IS-Gleichgewichtsbedingung die Kaldor-Formel für die Lohnquote:

$$(6) \quad \frac{L}{Y} = \frac{w A}{p Y_r} = \frac{s_G - (I_r/Y_r)}{s_G - s_L}$$

Aus Gleichung (6) resultiert eine nachfrageseitige Beziehung zwischen Preisniveau und Lohnstückkosten:

$$(7) \quad p_D = \frac{s_G - s_L}{s_G - (I_r/Y_r)} w \frac{A}{Y_r}$$

Danach lassen Nominallohnerhöhungen im Umfang des Produktivitätsfortschritts das Nachfragepreisniveau unberührt, sofern die Investitionsquote und

⁶ Vgl. zu den kreislauftheoretischen Aspekten der Lohnpolitik N. Güssregen, 1974, S. 54ff; A. Oberhauser, 1985, S. 202ff; R. Braun, 1991, 121ff.

die gruppenspezifischen Sparquoten der Arbeitnehmer bzw. Unternehmer konstant bleiben. Allerdings sollte man Gleichung (7) weniger als mögliche kreislauftheoretische Begründung der Produktivitätsregel, sondern mehr als Hinweis auf nachfrageseitig erforderliche Modifikationen betrachten: Mit Blick auf die Stabilität des Preisniveaus sind Abweichungen von der Produktivitätsregel immer dann angebracht, wenn Verschiebungen in der Verwendungsstruktur des Sozialprodukts, die in einer Variation der Investitionsquote zum Ausdruck kommen, oder Änderungen im Sparverhalten der Arbeitnehmer bzw. der Unternehmer eintreten.

Betrachtet man beispielsweise eine Erhöhung der Investitionsquote, so kann der reale Konsum im Vergleich zum Produktionspotential nur unterproportional steigen. Dies impliziert eine Verteilungsumschichtung zugunsten der Unternehmer, deren marginale Sparneigung größer ist als die der Arbeitnehmer, insbesondere wenn man die kurzfristige Flexibilität der nicht ausgeschütteten Gewinne in Rechnung stellt⁷. Der erforderliche Rückgang der Lohnquote erfolgt bei produktivitätsbezogener Lohnpolitik über Preissteigerungen, die eine reale Verdrängung des Arbeitnehmerkonsums bewirken. Preisniveaustabilität ist nur zu erreichen, wenn der Anstieg der Investitionsquote auf die Nominallohnerhöhungen angerechnet wird, die dann hinter dem Produktivitätsfortschritt zurückbleiben müssen⁸. Diese Folgerung gilt weitgehend analog für Variationen des Leistungsbilanzsaldos oder der staatlichen Inanspruchnahme des Produktionspotentials.

Gleichung (7) für das Nachfragepreisniveau zeigt ebenso wie Gleichung (3) für das Angebotspreisniveau, daß produktivitätsbezogene Lohnerhöhungen keine hinreichende Stabilitätsbedingung darstellen. Allerdings unterscheiden sich die für eine im weiteren Sinne stabilitätskonforme Lohnpolitik maßgeblichen Kompensationsregeln fundamental. Während der Sachverständigenrat den Ausgleich anderweitig verursachter Kostenänderungen als notwendig und hinreichend erachtet, stellt der kreislauftheoretische Ansatz die Kompensation von Schwankungen der monetären Gesamtnachfrage in den Vordergrund, die auf

⁷ Vgl. zur Bedeutung der nicht ausgeschütteten Gewinne für die Funktionsweise des kaldorianischen Verteilungsmechanismus W. Scherf, 1994, S. 97ff.

⁸ Die preisniveauneutrale Lohnsteigerungsrate folgt aus Gleichung (7):

$$\frac{dw}{w} = \frac{d(Y_r/A)}{(Y_r/A)} - \frac{d(I_r/Y_r)}{s_G - (I_r/Y_r)} \Rightarrow \frac{dp_D}{P_D} = 0$$

Änderungen im Sparverhalten und in der Verwendungsstruktur des Sozialprodukts zurückgehen.

Wenn man bedenkt, daß die Löhne einerseits gesamtwirtschaftlich der bedeutendste Kostenfaktor sind, andererseits aber auch die wichtigste Quelle des Konsums darstellen, ist es schon erstaunlich, daß in der wissenschaftlichen Diskussion häufig keine Integration der von beiden Seiten als relevant angesehenen Aspekte erfolgt. Im folgenden wird ein einfaches makroökonomisches Modell vorgestellt, mit dessen Hilfe die alternativen lohnpolitischen Strategien unter Berücksichtigung ihrer Kosten- und Nachfragewirkungen analysiert werden können. Ziel der Überlegungen ist es, ein realitätsnäheres Bild von den Möglichkeiten und vielleicht mehr noch von den Grenzen einer stabilitätsorientierten Lohnpolitik zu gewinnen.

3. Die Problematik der verschiedenen Lohnleitlinien unter stabilitätspolitischen Aspekten

a. Nachfrage- und Angebotspreisniveau bei variablem Auslastungsgrad des Produktionspotentials

Mit den Preisfunktionen (3) und (7) liegen die Bausteine für die Konstruktion eines aggregierten Angebots-Nachfrage-Modells bereits vor. Sie können miteinander verknüpft werden, wenn man die Vollbeschäftigungsannahme fallen läßt. Wie sich noch zeigen wird, kommt dies den angebots- bzw. kostenorientierten Stabilitätslohnkonzepten entgegen, die von einigen Hauptvertretern merkwürdigerweise nur für eine gleichgewichtige Ausgangslage – auch auf dem Arbeitsmarkt – propagiert werden.

Bei variablem Auslastungsgrad des Produktionspotentials stellt sich die Frage nach dem Verlauf der Preisfunktionen. Betrachtet man zunächst das Nachfragepreisniveau und abstrahiert dabei vom Wachstum des Produktionspotentials, so läßt sich aus zwei Gründen ein Bezug zur Kapazitätsauslastung herstellen:

- Die keynesianische bzw. kaldorianische Annahme eines real gegebenen Investitionsvolumens⁹ ist bei Vollbeschäftigung gleichbedeutend mit einer konstanten Investitionsquote. Unter derselben Annahme gehen jedoch Veränderungen im Auslastungsgrad des Produktionspotentials mit entgegengerichteten Variationen der Investitionsquote einher. Dies gilt in verstärktem Maße, wenn das Zinsniveau negativ mit der Investitionsgüternachfrage, aber – aufgrund monetärer Faktoren (LM-Funktion) – positiv mit dem Auslastungsgrad verknüpft ist¹⁰.
- Die Beschäftigung steigt im allgemeinen nicht so stark wie die Produktionsmenge (Okun-Gesetz), das heißt die spezifischen Lohnkosten nehmen bei gegebenem Lohnsatz mit dem Auslastungsgrad des Produktionspotentials ab. Einkommen und Konsum der Arbeitnehmer wachsen daher im Aufschwung nur unterproportional mit dem Gesamteinkommen; eine Annahme, die durch die empirisch beobachtbaren zyklischen Schwankungen der Arbeitsproduktivität belegt wird¹¹.

Ein Blick auf Gleichung (7) zeigt, daß die genannten Faktoren auf einen negativen Zusammenhang zwischen Nachfragepreisniveau und Kapazitätsauslastung hinauslaufen. Der Grund liegt darin, daß ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht bei höherem Sozialprodukt, aber unveränderten Realinvestitionen nur erreicht werden kann, wenn die durchschnittliche Konsumquote infolge einer Verteilungsumschichtung zu Lasten der Unternehmer steigt. Die Verteilungsänderung, die bei gegebenen oder sogar rückläufigen Lohnstückkosten über Preissenkungen erfolgen muß, ist erforderlich, um die reale Konsumgüternachfrage so stark anzuheben, daß sie zusammen mit den unveränderten Investitionen dem größeren Sozialprodukt entspricht (B. Külp, 1981, S. 56).

Etwas komplizierter gestaltet sich der Weg von Gleichung (3) für das Angebotspreisniveau zu einer gesamtwirtschaftlich plausiblen Preisfunktion. Es überrascht nicht, daß die Preisaufschlagshypothese Kritik hervorgerufen hat,

⁹ Die Annahme exogener Realinvestitionen dient nur der Vereinfachung der Analyse und sollte nicht als makroökonomische Investitionsfunktion interpretiert werden. Das hier verwendete Modell läßt sich problemlos durch Einführung von zins-, auslastungs- und/oder gewinnabhängigen Investitionen erweitern.

¹⁰ Monetäre Faktoren, die über die zinsabhängige Nachfrage wirken und damit die Modellergebnisse beeinflussen, werden in dieser Arbeit nicht explizit modelliert, spielen aber - wie sich noch zeigen wird - eine wichtige Rolle für die Wirkungen der Lohnpolitik.

¹¹ In einer neueren empirischen Untersuchung für die Bundesrepublik Deutschland hat sich „die Arbeitsproduktivität als in hohem Maße prozyklisch mit leichten Vorlaufeigenschaften“ erwiesen (H.-D. Smeets, 1992, S. 518).

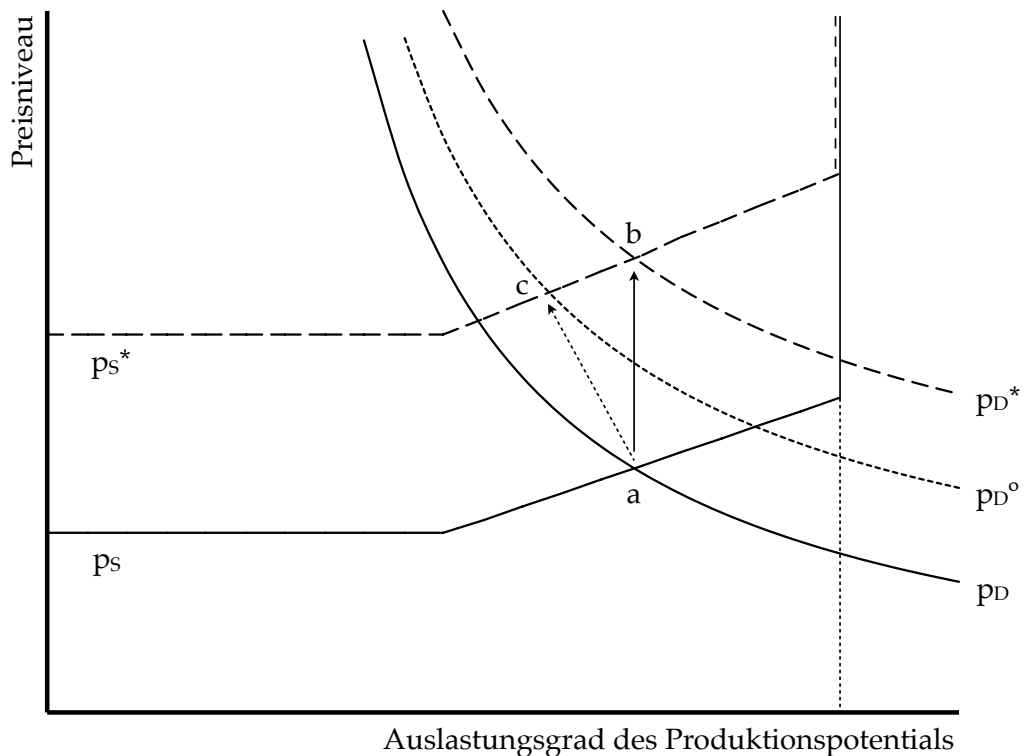
steht sie doch im Widerspruch zu den Aussagen der mikroökonomischen Theorie über gewinnorientiertes Unternehmerverhalten (U. v. Suntum, 1982, S. 324). Dafür hat sie den Vorzug, durch empirische Untersuchungen über die Preisbildung in der betrieblichen Praxis gestützt zu werden (S. Wied-Nebbeling, 1985). Die Annahme einer Zuschlagskalkulation gewinnt an Plausibilität, wenn man sie nicht im Sinne des starren Vollkostenprinzips versteht, wie dies in der Literatur häufig geschieht. Eine realitätsnähere Interpretation läßt sich folgendermaßen skizzieren:

- Wegen der unvollkommenen Kenntnis einzelner Preis-Absatz-Funktionen und Unsicherheiten über Reaktionen der Konkurrenz orientieren sich die Unternehmen bei der Preisbildung vor allem an den Stückkosten (E. Kowalski, 1978, S.88).
- Da die effektiven Gesamtkosten pro Stück aufgrund der Fixkosten bei rückläufigem Absatz zunehmen, kommen sie als Kalkulationsgrundlage kaum in Betracht. Die Preisbildung dürfte vielmehr nach Maßgabe der variablen Stückkosten, die bis zur Kapazitätsgrenze annähernd konstant sind, oder nach Maßgabe der gesamten Stückkosten bei Normalauslastung erfolgen.
- Trotz grundsätzlich kostenbezogener Kalkulation kann mit einer begrenzten Preisflexibilität gerechnet werden, das heißt die Unternehmen sind bereit, ihre branchenüblichen Gewinnzuschläge in gewissem Umfang zu reduzieren, wenn sie mit Absatzeinbußen konfrontiert werden.
- Allerdings wird auch bei gravierender Unterauslastung des Produktionspotentials ein Mindestpreisniveau nicht unterschritten. Sind die Produktionskapazitäten hingegen voll ausgelastet, so führt ein weiterer Nachfrageanstieg zu Preissteigerungen, die nicht mehr von der Kostensituation bestimmt werden.

Aus diesen Überlegungen ergibt sich die in Abbildung 1 vereinfacht dargestellte gesamtwirtschaftliche Angebotspreisfunktion (p_S -Funktion). In Verbindung mit der aus Gleichung (7) resultierenden Funktion für das Nachfragepreisniveau (p_D -Funktion) bestimmt sie das Produktions- und Beschäftigungsvolumen, bei dem die Preisvorstellungen der Unternehmer von der Nachfrageseite her realisierbar sind. Das hier präsentierte p_D - p_S -Schema unterscheidet sich von den herkömmlichen aggregierten Angebots-Nachfrage-Modellen einerseits durch die monopolgradtheoretische anstelle der neoklassischen Sicht der An-

gebotsbedingungen, andererseits durch die kaldorianische anstelle der keynesianischen Modellierung der Nachfrageseite.

Abbildung 1: Preis- und Beschäftigungseffekte der Nominallohnpolitik



b. Preis- und Beschäftigungseffekte der Nominallohnpolitik

Anhand der Abbildung 1 können nun die Preis- und Beschäftigungseffekte der Lohnpolitik skizziert werden, die sich unter ceteris-paribus-Bedingungen einstellen¹². Der Einfachheit halber beschränkt sich die Analyse auf den durch ein steigendes Angebotspreisniveau charakterisierten Bereich unterhalb der Normalauslastung. Produktivitätsbezogene Nominallohnerhöhungen lassen das Preisniveau sowohl von der Angebot- als auch von der Nachfrageseite her unberührt, das heißt die Preisfunktionen verändern ihre Lage bezogen auf den Auslastungsgrad des Produktionspotentials nicht. Man beachte jedoch, daß ein konstanter Auslastungsgrad bei höherer Arbeitsproduktivität ein Wachstum

¹² Vgl. zu den Wirkungen von Lohnerhöhungen auf Preisniveau und Beschäftigung unter Berücksichtigung der Kosten- und Nachfrageeffekte auch H. Beck, 1983, S. 29ff.

des angebotenen und nachgefragten Gütervolumens impliziert. Nominallohnerhöhungen über den Produktivitätsfortschritt hinaus verschieben infolge ihres Kosteneffekts die p_S -Funktion und infolge ihres Nachfrageeffekts die p_D -Funktion nach oben. Es kommt auf jeden Fall zu Preissteigerungen, während der Beschäftigungseffekt vor allem von den monetären Rahmenbedingungen abhängt:

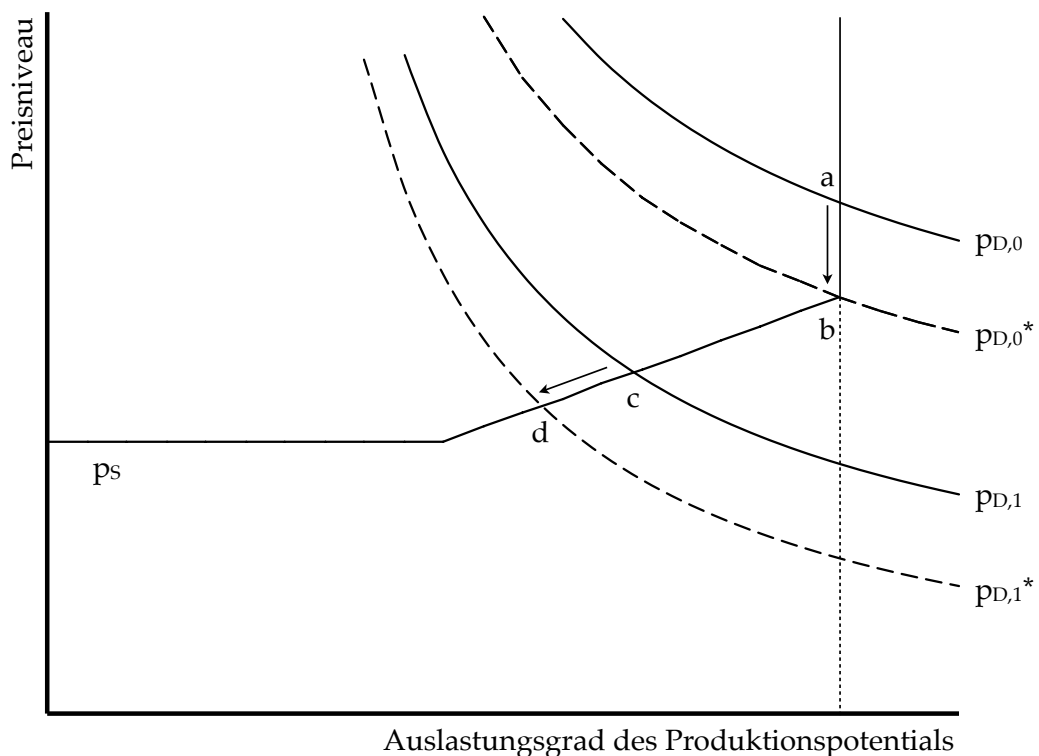
- Bei elastischem Geldangebot ist eine Vollüberwälzung der Lohnerhöhungen wahrscheinlich, da für die Unternehmen kein Anlaß zur Reduktion ihrer Investitionsgüternachfrage (relativ zum Produktionspotential) besteht. Die p_D -Funktion verschiebt sich dann auf p_D^* und das Beschäftigungsniveau kann aufrechterhalten werden. Die Lohnpolitik wirkt also in erster Linie auf die Preise, während ihr unmittelbarer Einfluß auf Produktion und Beschäftigung gering zu veranschlagen ist (Bewegung von a nach b).
- Dies ändert sich, wenn die Zentralbank aufgrund der lohnbedingten Preissteigerungen einen restriktiveren Kurs einschlägt. Es kommt dann zu Zinserhöhungen mit der Folge einer partiellen Verdrängung der zinsabhängigen Nachfrage, insbesondere der privaten Investitionen. In diesem Fall verlagert sich die p_D -Funktion nicht auf p_D^* , sondern wegen des Rückgangs der Investitionsgüternachfrage (relativ zum Produktionspotential) beispielsweise nur noch auf p_D^0 . Produktion und Beschäftigung nehmen per saldo ab, während das Preisniveau steigt (Bewegung von a nach c).
- In einer offenen Volkswirtschaft kann der Preisanstieg im Inland auch unabhängig von monetären Restriktionen zu Lasten der Beschäftigung gehen. Insbesondere bei festen Wechselkursen ist eine Beeinträchtigung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu erwarten. Eine daraus resultierende Tendenz zur Passivierung der Leistungsbilanz würde sich ebenfalls in einer nur unterproportionalen Verlagerung der p_D -Funktion niederschlagen.

Aus der Verbindung einer expansiven Lohn- mit einer restriktiven Geldpolitik resultiert also wie eingangs erwähnt eine Tendenz zur Stagflation, die durch außenwirtschaftliche Faktoren verstärkt werden kann. Wenn sich die Nominallohnerhöhungen hingegen an der Produktivitätsregel ausrichten, sind sie preis- und beschäftigungsneutral und können infolgedessen in einem umfassenden Sinne als stabilitätskonform gelten.

c. Die Problematik einer „kompensatorischen“ Lohnpolitik

Es stellt sich nun die Frage, ob eine im Prinzip produktivitätsorientierte Lohnpolitik durch Einführung bestimmter Kompensationsregeln stabilitätspolitisch sinnvoll ergänzt werden kann. Die grundlegenden Aspekte lassen sich an zwei Beispielen aufzeigen. Zunächst geht es um den vom Sachverständigenrat besonders betonten Fall einer Variation der Kapitalkosten; anschließend um das Problem einer Veränderung der Arbeitnehmersparquote. Angenommen es kommt zu einer nicht konjunkturell bedingten Erhöhung der spezifischen Kapitalkosten. Die kostenniveauneutrale Lohnpolitik würde dann ein Zurückbleiben der Nominallohnerhöhungen hinter dem Produktivitätsfortschritt empfehlen. Im p_D - p_S -Schema bliebe die p_S -Funktion infolge der daraus resultierenden Stabilisierung der gesamten Stückkosten unverändert, das heißt aus angebotsorientierter Perspektive wäre die Preisniveaustabilität gesichert.

Abbildung 2: Kostenniveauneutrale Lohnpolitik bei steigenden Kapitalkosten



Unter Berücksichtigung der Kreislaufzusammenhänge ergibt sich jedoch ein anderes Bild. Lohnerhöhungen unterhalb der Zuwachsrates der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität laufen – wie in Abbildung 2 dargestellt – auf eine Verschiebung der p_D -Funktion nach unten hinaus. Die daraus resultierenden Preis- und Beschäftigungseffekte unterscheiden sich nach der jeweils unterstellten Ausgangslage:

- Bei Vollbeschäftigung kommt es zu Preissenkungen (Bewegung von a nach b), solange das angebotseitig determinierte Mindestpreisniveau nicht unterschritten wird. Das Einhalten der Kompensationsregel ist in diesem Fall aus stabilitätspolitischen Gründen gar nicht erforderlich. Ein konstantes Preisniveau wäre vielmehr schon bei produktivitätsbezogener Lohnpolitik erreichbar.
- Bei nicht allzu gravierender Unterbeschäftigung führt die Verlagerung der p_D -Funktion zu einem Rückgang des Preisniveaus und der Produktionsmenge (Bewegung von c nach d). Ein Ausgleich der Wirkungen wachsender Kapitalkosten ist in diesem Fall offenkundig nicht möglich. Ähnliches gilt für ausgeprägte Rezessionsphasen, nur daß dann der Preiseffekt weitgehend ausbleiben dürfte.

Der Grund für die geringen Erfolgsaussichten der vom Sachverständigenrat vorgeschlagenen Lohnstrategie liegt in der Asymmetrie der Kosten- und Nachfrageeffekte einer Variation der Kapitalkosten. Zwar muß man berücksichtigen, daß die Kapitalkosten, wenigstens soweit es die Zinsen betrifft, gesamtwirtschaftlich zum Einkommen rechnen. Es ist aber kaum anzunehmen, daß aus zusätzlichen Kapitaleinkommen eine Mehrnachfrage zustande kommt, die den Nachfrageverlust infolge unterproportionaler Lohnerhöhungen voll kompensiert. Nur wenn der Anstieg der Kapitalkosten mit zusätzlichen Investitionen einherginge, wäre auch nachfrageseitig Lohnzurückhaltung aus stabilitätspolitischen Gründen angesagt. Überzeugende Anhaltspunkte für einen positiven Zusammenhang zwischen den Nutzungskosten der vorhandenen Produktionskapazitäten und dem aktuellen Investitionsvolumen liegen jedoch nicht vor¹³.

¹³ Beispielsweise kann ein Anstieg des Kapitalkoeffizienten Folge eines in den vergangenen Perioden relativ hohen Investitionsniveaus sein. In der betrachteten Periode muß jedoch keineswegs ein entsprechend hoher Nettokapitalzuwachs angestrebt werden. (N. Güssregen, 1974, S.93).

Die Kritik an der Position des Sachverständigenrats sollte allerdings nicht dahingehend mißverstanden werden, daß Rücksichtnahme auf die Entwicklung der Nichtlohnkosten überflüssig wäre. Sie ist vielmehr immer dann zu empfehlen, wenn von einer weitgehenden Parallelität der Kosten- und Nachfragewirkungen ausgegangen werden kann. Dies trifft beispielsweise zu bei einer Erhöhung der indirekten Steuern und Verausgabung der Mittel durch den Staat oder bei einer Anhebung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung zur Finanzierung zusätzlicher Sozialleistungen.

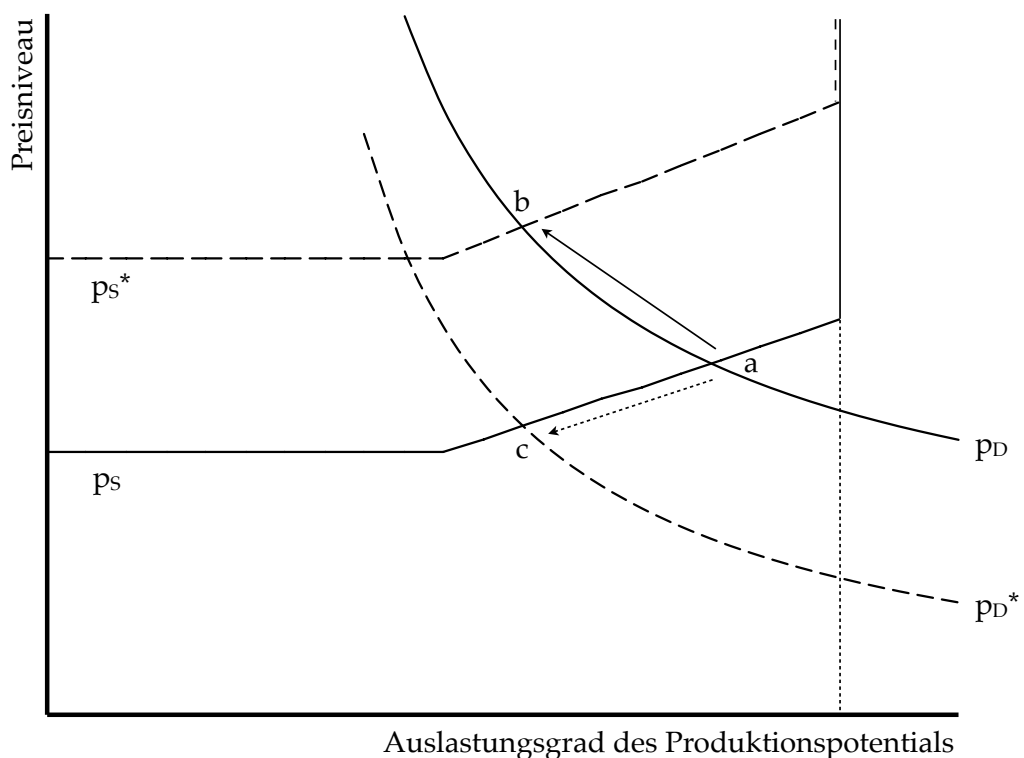
Nur am Rande soll auf die Problematik der kurzfristig-konjunkturbedingten Schwankungen des Anteils der Kapital- an den Gesamtkosten eingegangen werden, die nach Auffassung des Sachverständigenrats keinen lohnpolitischen Handlungsbedarf begründen (Sachverständigenrat, 1966, Z. 311). Andernfalls könnte beispielsweise ein Anstieg des Zinsniveaus infolge einer restriktiven Geldpolitik auf die Arbeitnehmer zurückgewälzt werden und würde damit seinen Bremseffekt ganz oder teilweise verlieren (N. Güssregen, 1974, S.87). Diese Überlegung ist aber nicht stichhaltig, da sie den restriktiven Nachfrageeffekt übersieht, den eine kostenniveauneutrale Lohnpolitik im vorliegenden Fall hätte. Gemessen an den relativ unsicheren Wirkungen eines geldpolitisch herbeigeführten Zinsanstiegs auf die monetäre Gesamtnachfrage dürfte eine zurückhaltende Lohnpolitik sogar mit größerer Wahrscheinlichkeit zur Stabilisierung des Preisniveaus führen.

Wenden wir uns nun dem zweiten Beispiel für ein Kompensationsproblem zu, dem Fall einer Erhöhung der Arbeitnehmersparquote. Die aus den bisherigen Überlegungen bereits erkennbare Notwendigkeit einer stärkeren Integration der Nachfrageaspekte wird dadurch nochmals unterstrichen. Während die kostenniveauneutrale Lohnpolitik die Probleme weitgehend ignoriert, die allein aus der Nachfrageentwicklung resultieren, haben Vertreter der produktivitätsbezogenen Lohnpolitik Variationen des Arbeitnehmersparens immerhin als Grund für ein Abweichen der Lohnzuwachsrate vom Produktivitätsfortschritt in Betracht gezogen.

Angenommen die durchschnittliche Sparneigung der Arbeitnehmer nimmt zu – etwa durch eine investive Bindung eines Teils der Nominalloohnerhöhungen. Daraus folgt ein Zurückbleiben der nominellen Konsumgüternachfrage hinter dem produktivitätsbedingten Anstieg des verfügbaren Konsumgütervolumens. Zumindest gilt dies bei relativ zum Produktionspotential konstanter Höhe der

übrigen Nachfrageaggregate. Aus kreislauftheoretischer Sicht gibt es dann einen Spielraum für Lohnerhöhungen über den Produktivitätsfortschritt hinaus. Sie würden den restriktiven Effekt des zusätzlichen Arbeitnehmersparens kompensieren und die nominelle Gesamtnachfrage wieder auf ein Niveau anheben, das mit Preisniveaustabilität zu vereinbaren wäre.

Abbildung 3: Nachfrageniveauneutrale Lohnpolitik bei verstärktem Arbeitnehmersparen



Allerdings gilt diese Argumentation so nur für eine vollbeschäftigte Wirtschaft, denn sie vernachlässigt die möglichen Rückwirkungen einer nachfrageniveauneutralen, aber kostensteigernden Lohnpolitik auf den Auslastungsgrad des Produktionspotentials. Die Folge überproportional wachsender Nominallöhne wäre nämlich eine Verlagerung der p_s -Funktion nach oben, wie sie in Abbildung 3 dargestellt ist. Befindet sich die Wirtschaft bereits in einer Rezession, so resultiert daraus bei unveränderter p_D -Funktion ein Anstieg des Preisniveaus verbunden mit einem Rückgang der Produktionsmenge (Bewegung von a nach b). Die nachfrageseitig scheinbar richtige lohnpolitische Strategie würde also

eine Stagflationstendenz hervorrufen und wäre damit weder preis-, noch beschäftigungspolitisch akzeptabel.

Das aus dem zusätzlichen Arbeitnehmersparen resultierende Beschäftigungsproblem könnte auch durch eine produktivitätsbezogene oder kostenniveauneutrale Lohnpolitik nicht unmittelbar entschärft werden. Zwar bliebe die p_S -Funktion dann unberührt, aber die p_D -Funktion würde sich – wie in Abbildung 3 ebenfalls dargestellt – nach unten verschieben; mit dem Ergebnis einer Verminderung des Auslastungsgrades bei tendenziell rückläufigem Preisniveau (Bewegung von a nach c). Letzteres ist allerdings gegenüber der nachfrageorientierten Strategie als Vorteil anzusehen, denn die Voraussetzungen für einen expansiven Einsatz der Geld- und Finanzpolitik sind günstiger, wenn Preissteigerungen bei Unterbeschäftigung weitgehend vermieden werden können (A. Oberhauser, 1985, S. 212ff).

Als Ergebnis dieser Überlegungen kann man festhalten, daß eine generelle, für Vollbeschäftigungs- wie Unterbeschäftigungssituationen gültige Lohnleitlinie auch für den Fall eines vermehrten Arbeitnehmersparens nicht zu begründen ist. Die asymmetrischen Kosten- und Nachfrageeffekte sprechen dafür, den nachfrageseitigen Spielraum für Lohnerhöhungen über den Produktivitätsfortschritt hinaus nur bei Vollbeschäftigung auszuschöpfen, bei Unterbeschäftigung jedoch im Prinzip die traditionelle Produktivitätsregel anzuwenden. Daraus folgt auch, daß Investivlohnvereinbarungen nicht in Rezessionsphasen passen. Besser geeignet wäre unter Kostenaspekten wohl eine investive Gewinnbeteiligung, doch kann darauf an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden¹⁴.

Die Überlegungen zu den kompensatorischen Lohnkonzepten zeigen, daß einseitige angebots- oder nachfrageorientierte Leitlinien den stabilitätspolitischen Erfordernissen nicht oder nur eingeschränkt gerecht werden können. Unter Beachtung beider Marktseiten lassen sich eindeutige Empfehlungen jedoch nur unter bestimmten zusätzlichen Voraussetzungen geben. Eine Verallgemeinerung der diskutierten Beispiele führt zu folgenden Thesen:

- Die Zuwachsrates der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität ist aus angebots- und nachfrage-theoretischer Sicht eine geeignete Ausgangsgröße zur Bestimmung des gesamtwirtschaftlichen Verteilungsspielraums. Für sich

¹⁴ Vgl. zu den verschiedenen Möglichkeiten einer an der Einkommensverwendung orientierten Lohnpolitik A. Oberhauser, 1978.

genommen stabilisieren produktivitätsbezogene Lohnerhöhungen die Angebots- und die Nachfragefunktion bezogen auf den jeweiligen Auslastungsgrad des Produktionspotentials. Infolgedessen kann die produktivitätsorientierte Lohnpolitik unter ceteris-paribus-Bedingungen als preis- und beschäftigungsneutral angesehen werden.

- Da von Lohnsatzänderungen weitgehend parallele Kosten- und Nachfrageeffekte ausgehen, wirken Abweichungen von der Produktivitätsregel in erster Linie auf das Preisniveau. Sie sind aus stabilitätspolitischer Sicht immer dann angebracht, wenn sich andere Bestimmungsfaktoren des Preisniveaus verändern. Die Erfolgsaussichten einer kompensatorischen Lohnpolitik hängen von der Art der Störung und von der konjunkturellen Ausgangslage ab.
- Wenn der zu kompensierende Faktor ebenso wie eine Lohnsatzänderung weitgehend symmetrisch auf Kosten und Nachfrage wirkt, ist eine Anrechnung auf die Lohnsteigerungen unabhängig von der Konjunkturlage sinnvoll. Beispielsweise führt die Finanzierung zusätzlicher Staatsausgaben durch eine Erhöhung der indirekten Steuern zu Kostensteigerungen, die durch Lohnerhöhungen unterhalb der Zuwachsrates der Arbeitsproduktivität neutralisiert werden können. Der damit einhergehende restriktive Nachfrageeffekt würde darüber hinaus für einen Ausgleich der Mehrnachfrage des Staates sorgen. Die Überwälzung indirekter Steuern, die andernfalls über Preissteigerungen erfolgt, kann also auch in stabilitätskonformer Weise mit Hilfe einer kompensatorischen Lohnpolitik erreicht werden.
- Bei asymmetrischen Kosten- und Nachfrageeffekten ist auf die konjunkturelle Situation zu achten. In einer vollbeschäftigten Wirtschaft entscheidet die Kostenseite nur über die Preisuntergrenze. Daher muß eine stabilitätskonforme Lohnpolitik insbesondere auf anderweitig verursachte Variationen der Gesamtnachfrage reagieren. Nominallohnerhöhungen unterhalb des Produktivitätsfortschritts sind beispielsweise angezeigt, wenn die reale Inanspruchnahme des Produktionspotentials durch Investitionen, Staatsausgaben oder Exporte zunimmt. Bei Unterbeschäftigung beeinflussen Nachfragefaktoren vor allem den Auslastungsgrad des Produktionspotentials, der von Lohnsatzvariationen direkt kaum berührt wird. Da eine wirksame Kompensation von Nachfrageänderungen ohnehin nicht möglich ist, sollte in diesem Fall die Kostenseite den Ausschlag bei der Lohnfindung geben.

d. Konjunkturelle und strukturelle Aspekte der Produktivitätsorientierung

Bei der Diskussion der Stabilitätslohnkonzepte hat sich die Produktivitätsorientierung als unverzichtbare Grundlage herauskristallisiert. Dieser Begriff bedarf allerdings der Präzisierung, wenn man die Analyse auf den Fall einer unterbeschäftigten Wirtschaft ausdehnt. Die Durchschnittsproduktivität der Arbeit wird dann zu einer Größe, die nicht nur vom produktionstechnischen Fortschritt, sondern auch vom Auslastungsgrad des Produktionspotentials abhängt.

Ein erstes Problem besteht nun darin, daß der technische Fortschritt die Stückkosten möglicherweise nicht bei jedem Auslastungsgrad in relativ gleichem Maße reduziert. Die nach der Produktivitätsregel zulässigen Lohnerhöhungen wären dann auch abhängig von dem Auslastungsgrad, der bei der Messung des Produktivitätsfortschritts zugrunde gelegt wird. Quantitativ dürfte dieser Punkt allerdings kaum ins Gewicht fallen.

Größere Bedeutung kommt dagegen den konjunkturellen Einflüssen auf Preisniveau und Stückkosten zu. Angenommen in einer Rezessionsphase steigt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, während die Kosten- und Angebotspreisfunktion konstant bleibt. Dann kommt es zu einer Expansion von Produktion und Beschäftigung bei weitgehend stabilen oder leicht steigenden Preisen. Gleichzeitig nimmt die Durchschnittsproduktivität der Arbeit zu, weil der Arbeitseinsatz nur unterproportional mit der Produktionsmenge steigt. Bei konstantem Lohnsatz sinken also die Lohnstückkosten.

Dieser Fall ist streng zu unterscheiden von dem einer produktionstechnisch bedingten Erhöhung der Arbeitsproduktivität, die bei konstantem Lohnsatz auf eine Verlagerung der Stückkostenfunktion nach unten hinauslaufen würde. Eine Lohnpolitik, die im Aufschwung stabilitätskonform sein will, darf Produktivitätsänderungen, die allein aufgrund einer Variation der Kapazitätsauslastung zustande kommen, nicht berücksichtigen. Andernfalls würden die Nominallohnerhöhungen im Aufschwung stärker ausfallen als der technische Produktivitätsfortschritt. Die Folge wäre eine Verlagerung der Stückkostenfunktion und der beiden Preisfunktionen (p_S bzw. p_D) nach oben, das heißt bei jedem Auslastungsgrad des Produktionspotentials würde ein lohninduzierter Preisniveauanstieg zustande kommen, der bei richtig verstandener Produktivitätsorientierung zu vermeiden wäre.

Diese Argumentation gilt mit einer Ausnahme: Wenn die Nominalloohnerhöhungen in Rezessionsphasen hinter dem technisch bedingten Produktivitätsfortschritt zurückbleiben, dürfen sie im Aufschwung darüber hinausgehen. Eine solche Flexibilität der Lohnpolitik wäre stabilitätspolitisch durchaus von Vorteil, da die Unternehmen bei rückläufigem Absatz entlastet würden. Allerdings dürfte schon die bescheidenere Empfehlung, die Lohnsteigerungen nur am trendmäßigen Wachstum der Arbeitsproduktivität zu orientieren, nur schwer zu realisieren sein¹⁵.

Neben der Verminderung der spezifischen Lohnkosten ist im Fall einer konjunkturellen Erholung zu beachten, daß das Angebotspreisniveau ab einem bestimmten Punkt mit dem Auslastungsgrad steigen dürfte. Die nachfragebedingte Expansion von Produktion und Beschäftigung kann also mit gewissen Preissteigerungen verbunden sein, die ausschließlich auf die verbesserte Kapazitätsauslastung zurückgehen. Derartige Preissteigerungen sind nur das Spiegelbild entsprechender Preiszugeständnisse der Unternehmer auf dem Weg in die Rezession. Sie müssen als unvermeidlich hingenommen werden, wenn eine Rückkehr zur Vollbeschäftigung bei gegebener Stückkostenfunktion möglich bleiben soll.

Die Überlegungen zur Abhängigkeit des Kosten- und Preisniveaus von der Konjunkturlage sprechen dafür, die Produktivitätsregel als Ausgangspunkt einer stabilitätskonformen Lohnpolitik genauer zu fassen:

- Die Erhöhung der Nominallohnsätze muß sich an der Steigerungsrate der durchschnittlichen volkswirtschaftlichen Arbeitsproduktivität orientieren, die sich bei unverändertem Auslastungsgrad des Produktionspotentials ergeben würde.
- Darüber hinaus sollte man Preisniveaustabilität als Primärziel einer stabilitätskonformen Lohnpolitik nicht im Sinne einer Aufrechterhaltung des aktuellen Preisniveaus interpretieren, sondern auslastungsbedingte Preisänderungen in beiden Richtungen zulassen.

Neben diesen konjunkturellen Aspekten hat eine stabilitätsgerecht konzipierte Lohnpolitik strukturelle Probleme zu beachten, die sich möglicherweise aus ei-

¹⁵ Der Sachverständigenrat hält beide Wege für gangbar. Vgl. zu den Vor- und Nachteilen der alternativen Lohnstrategien Sachverständigenrat 1966, Z. 327ff.

ner unterschiedlichen Entwicklung der Arbeitsproduktivität in einzelnen Wirtschaftszweigen bzw. Unternehmen ergeben. Wer eine Orientierung der Löhne an der gesamtwirtschaftlichen durchschnittlichen Arbeitsproduktivität befürwortet, muß sich die Frage stellen, ob und in welcher Weise branchenmäßige und regionale Abweichungen störungsfrei absorbiert werden können¹⁶.

Produktivitätsbezogene und kostenniveauneutrale Lohnpolitik setzen voraus, daß Bereiche mit überdurchschnittlichem Produktivitätsfortschritt, die einen Rückgang der Lohnstückkosten verzeichnen, die Kostenvorteile voll in den Preisen weitergeben (H. Giersch, 1967, S. 165). Unterdurchschnittlich produktive Wirtschaftszweige dürfen ihre Preise dann entsprechend anheben, ohne die Preisniveaustabilität im Durchschnitt zu gefährden.

Wenn derart symmetrische Preisanpassungen überhaupt stattfinden, ist zu erwarten, daß Wirtschaftsbereiche mit überdurchschnittlichen Produktivitätszuwächsen tendenziell Marktanteile gewinnen und daher Arbeitskräfte aus anderen Bereichen anziehen. Aus einer solchen Verschiebung der Beschäftigtenanteile resultiert im Durchschnitt ein Anstieg der Arbeitsproduktivität. Da der Lohnsatz in den begünstigten Branchen höher sein dürfte als in den produktivitätsschwachen, ergibt sich aber auch ein Anstieg des durchschnittlichen Lohnniveaus. Ein gesamtwirtschaftlicher Produktivitätszuwachs, der ausschließlich auf diesem sogenannten „Lohnsummeneffekt des Strukturwandels“ beruht, steht für allgemeine Nominallohnerhöhungen nicht mehr zur Verfügung. Dem Sachverständigenrat ist daher zuzustimmen, wenn er für den Fall einer Variation der Beschäftigtenanteile entsprechende Abzüge vom gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt bei der Ermittlung stabilitätskonformer Durchschnittslohnsteigerungen vorsieht (Sachverständigenrat, 1964, Z. 235).

Größere Schwierigkeiten ergeben sich allerdings, wenn die grundlegende Voraussetzung eines Ausgleichs bereichsweise steigender Preise durch anderweitige Preissenkungen nicht erfüllt ist. Empirisch kann man eine Tendenz zu asymmetrischen Preisanpassungen beobachten, das heißt Kostenvorteile werden meist nur zum Teil in Preissenkungen umgemünzt, während Kostensteigerungen voll zu Buche schlagen. Gleichmäßige Lohnerhöhungen implizieren also bei stärkeren Unterschieden in der Produktivitätsentwicklung die Gefahr ei-

¹⁶ Die aus Produktivitätsunterschieden und Arbeitskräftewanderungen resultierenden Probleme werden ausführlich diskutiert bei A. E. Ott, 1968, S. 34ff und H. Scherf, 1967.

nes im Durchschnitt steigenden Preisniveaus verbunden mit Beschäftigungsverlusten in den produktivitätsschwachen Bereichen.

Begegnen könnte man diesen unerwünschten Wirkungen durch eine sektoral und gegebenenfalls auch regional differenzierte Lohnpolitik. Deren Vorzüge unterstreicht ein Blick auf die Situation in den neuen Bundesländern: Die Erhaltung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist offensichtlich stark gefährdet, wenn ausgeprägte Produktivitätsunterschiede lohnpolitisch nicht hinreichend in Rechnung gestellt werden. Zu schnelle Lohnanpassungen behindern den Aufholprozeß, in dessen Verlauf die Ostlöhne mittelfristig durchaus aufgrund der zu erwartenden starken Produktivitätszuwächse ohne negative Folgen für die Beschäftigung überdurchschnittlich steigen können.

4. Resümee

Aus den Überlegungen zur gesamtwirtschaftlichen Problematik der Lohnleitlinien ergibt sich insgesamt, daß der Grundgedanke der Produktivitätsorientierung zentraler Bestandteil einer lohnpolitischen Strategie bleiben muß, die darauf abzielt, negative Preis- und Beschäftigungseffekte möglichst zu vermeiden. Es wäre schon viel gewonnen, wenn die Tarifpartner diesem traditionellen Stabilitätslohnkonzept folgen würden. Allerdings garantiert die produktivitätsbezogene Lohnpolitik allein noch keine Preisniveaustabilität bei konstanter Beschäftigung. Daher sollte man in Abhängigkeit von der jeweils gegebenen gesamtwirtschaftlichen Ausgangslage von der Produktivitätsregel abweichen. Entsprechende Vorschläge können allerdings stabilitätspolitisch nur überzeugen, wenn sie die relevanten Kosten- und Nachfrageaspekte gleichermaßen berücksichtigen.

Literatur

- Bartmann, H., Verteilungstheorie, München 1981.
- Beck, H., Auswirkungen von nicht kostenniveauneutralen Lohnänderungen auf Beschäftigung und Preisniveau, Krefeld 1983.
- Braun, R., Stabilitäts- und verteilungspolitische Aspekte eines Inflationsausgleichs für Arbeitnehmereinkommen, Pfaffenweiler 1991.
- Friedrich, H., Stabilisierungspolitik, 2. Auflage, Wiesbaden 1986.
- Giersch, H., Probleme stabilitätskonformer Lohnpolitik, *Kyklos*, Vol. XX, 1967, S. 147-165.
- Güssregen, N., Kostenniveauneutrale Lohnpolitik und ihre verteilungspolitischen Implikationen, Frankfurt/M 1974.
- Husmann, J., Produktivitätsorientierung der Löhne - globale Faustformel ohne Perfektionsanspruch, *Wirtschaftsdienst*, 1985, S. 151-154.
- Kleps, K., Lohnpolitische Konzeptionen und Vermögensbildung: Ein Weg aus der stabilitäts- und verteilungspolitischen Sackgasse, Baden-Baden 1982.
- Kowalski, E., Lohnentwicklung und Beschäftigungsgrad, *ifo-schnelldienst*, 1978, S. 79-93.
- Külper, B., Verteilungstheorie, 2. Auflage, Stuttgart/New York 1981.
- Oberhauser, A., Investivlohn und investive Gewinnbeteiligung in verteilungs- und stabilitätspolitischer Sicht, *Wirtschaftswissenschaftliches Studium (WiSt)*, 1978, S. 60-65.
- Oberhauser, A., Lohnsteigerungen und Beschäftigung, in: Langkau, J./Köhler, C. (Hrsg.), *Wirtschaftspolitik und wirtschaftliche Entwicklung*, Bonn 1985, S. 201-216.
- Ott, A. E., Leitlinien für die branchenmäßige Lohnfindung. Ein Beitrag zur Lohnpolitik, Düsseldorf 1968.
- Pätzold, J., Stabilisierungspolitik, Bern/Stuttgart 1984.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, *Jahresgutachten, Expansion und Stabilität*, Stuttgart/Mainz 1966.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, *Jahresgutachten, Stabiles Geld - Stetiges Wachstum*, Bonn 1964.
- Scheele, E., Gesamtwirtschaftlich orientierte Lohnpolitik in der Marktwirtschaft, Düsseldorf 1969.
- Scherf, H., Inflation, in: Albers, W. u.a. (Hrsg.), *Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft (HdWW)*, Bd. 4, Stuttgart/Tübingen/Göttingen 1978, S. 159-184.
- Scherf, H., Produktivitätsorientierte Lohnpolitik und Preisstabilität, *Weltwirtschaftliches Archiv*, 1967, S. 117-136.
- Scherf, W., Die Bedeutung des kaldorianischen Verteilungsmechanismus für die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen der staatlichen Neuverschuldung, Frankfurt am Main 1994.
- Smeets, H.-D., „Stylized Facts“ zum Konjunkturverlauf in der Bundesrepublik Deutschland, *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Band 210, 1992, S. 512-532.
- v. Suntum, U., Lohnleitlinien und Verteilungsspielraum, *Wirtschaftswissenschaftliches Studium (WiSt)*, 1982, S. 320-323.
- Wansleben, M., *Der Produktivitätszuwachs als Maßstab für eine beschäftigungsorientierte Lohnpolitik*, Baden-Baden 1986.
- Wansleben, M., Produktivitätsorientierung der Löhne - der falsche Weg?, *Wirtschaftsdienst*, 1984, S. 609-614.
- Wied-Nebbeling, S., *Das Preisverhalten in der Industrie*, Tübingen 1985.

Zusammenfassung

Überzogene Lohnabschlüsse, die zu kosteninduzierten Preissteigerungen führen, können in Verbindung mit einer restriktiven Geldpolitik einen konjunkturellen Einbruch und langanhaltende Arbeitslosigkeit hervorrufen. An welchen Größen müßte sich die Lohnpolitik ausrichten, wenn sie weder inflationsfördernd noch beschäftigungsfeindlich wirken soll? Die traditionellen Stabilitätslohnkonzepte betonen die Angebotsaspekte und fordern Produktivitätsorientierung oder Kostenniveauneutralität. Dieser Diskussionsbeitrag zeigt, daß eine stabilitätsgerechte Lohnpolitik nur zustande kommen kann, wenn man die einseitige Angebots- bzw. Kostenorientierung zugunsten einer stärkeren Integration von Nachfrage- bzw. Kreislaufaspekten aufgibt. Im Zentrum der Überlegungen stehen die Erfolgsaussichten einer „kompensatorischen“ Lohnpolitik, die nicht nur Preisniveauneutralität anstrebt, sondern darüber hinaus anderweitig verursachte Preissteigerungen ausgleichen soll.

Summary

Expansionary wage claims leading to cost push inflation can – in combination with a tight monetary policy – cause an economic dip and rising unemployment. The key question is which economic indicators should be the guidelines for a non-inflationary and job-securing wage policy? Since traditional wage strategies focus solely on supply conditions, they demand productivity-orientated wages or wages which do not affect the cost level. This discussion paper shows that a stability-orientated wage policy is only achievable if demand factors and aspects of circular flow are equally considered as supply factors. The chances of success of a „compensating“ wage policy depend not only on its ability to prevent cost push inflation but also inflation due to other circumstances.